

Daniela Trochowski

DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG – EINE GESCHICHTE VON GESCHICHTEN

Das Wort „Krise“ scheint in der gesellschaftlichen Linken, aber auch in der Partei Die Linke eine ganz besondere Bedeutung zu haben. Denn kaum ein anderer Begriff wird in den Texten zur Beschreibung der Verhältnisse und ihrer Widersprüche, Aufzeigen von Perspektiven, aber auch zur Erklärung der eigenen Daseinsberechtigung im linken Kontext so oft verwendet. Mit Sicherheit liegen die Ursachen darin, dass sich das kapitalistische System, in dem wir leben, in immer häufigeren, schnell aufeinanderfolgenden, teilweise auch übereinanderliegenden Krisen unterschiedlichen Charakters befindet, gewissermaßen in einer Dauerkrise. Gleichzeitig erleben die Menschen, die wir vertreten und an die wir uns wenden, diese Krisen mit besonderer Brachialität. Dazu kommt, dass die Partei Die Linke selbst seit einiger Zeit – ähnlich wie andere linke Parteien Europas – in einer Krise ist, aus der sie schwer wieder herausfindet. Und auch wir – die Kolleg*innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung – bemühen die Deutung, dass es in Zeiten der Krisen eine politische Bildungseinrichtung wie unsere besonders braucht, nicht eben selten. Zweifelsohne – unsere Aufgabe ist es, hinter die Kulissen zu schauen und das, was wir dort finden, ins Licht der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit zu setzen, und dies im nationalen, wie im globalen Kontext. So hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung z. B. im vergangenen Jahr auf die massiven Energiepreissteigerungen im Zuge des Krieges in der Ukraine mit einer Studie zu den Übergewinnen der Profiteure dieser Krise reagiert, die Vorschläge für eine entsprechende Besteuerung dieser Übergewinne enthielt. Im Zusammenhang mit dem Überfall der palästinensischen Terrororganisation auf israelische Zivilist*innen und der massiven Reaktion Israels – dem Krieg im Gaza – gegen die palästinensische Zivilbevölkerung lassen wir unsere Kolleg*innen aus der Region sprechen, veranstalten Fachgespräche für Politiker*innen der Linken mit israelischen Linken oder beleuchten mittels Publikationen den Jahrzehnte alten Konflikt. Dabei verstehen wir – die Stiftung – es auch in diesen Krisen jedoch nicht als unsere Aufgabe, uns politisch zu positionieren oder unsere politischen Meinungen aneinander zu reihen. Wir analysieren vielmehr, beraten Politiker*innen und klären diejenigen auf, die sich ein politisches Bild machen wollen – sind politische Bildnerin. Bei all dem sind Humanität, die Achtung der Menschenwürde und internationale Solidarität Kriterien unseres Agierens. Wir

solidarisieren uns mit der Zivilgesellschaft, mit denjenigen, die unter Kriegen, Ausbeutung, Diskriminierung – kurz unter kapitalistischen Verhältnissen – leiden. Das ist die Politik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das ist unsere Politik nicht nur in Zeiten der Krise. Denn dass politische Bildung der Bürger*innen die Grundlage einer funktionierenden Demokratie ist, ist keine bloße Leerformel. Demokratie, das ist kein Zustand, nichts, was Bürger*innen von Regierungen oder „vom Staat“ geschenkt bekommen. Demokratie ist ein Prozess, der durchaus auch von Defiziten und Rückschlägen gekennzeichnet ist. Und: Eine funktionierende Demokratie lebt immer von den Bürger*innen, die sich einmischen, die gesellschaftliche Debatten beeinflussen, die ihr Umfeld gestalten und mitentscheiden wollen – und das nicht nur am Tag einer Wahl.

Um dies zu können, benötigen Bürger*innen Fakten, Kenntnis von historischen Prozessen, die aus dem Umfeld von Nichtregierungsorganisationen bereitgestellt werden. Nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht in seinem aktuellen Urteil vom Februar 2023 noch einmal festgestellt, dass die offizielle Aufgabe parteinaher Stiftungen



vor allem die politische Bildung der Bevölkerung

ist und dies im öffentlichen Interesse liegt. Politische Bildungsarbeit und Wissenschaft und Forschung mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sind auch zwei der Aufgaben, die wir uns in unserer Satzung stellen. Es braucht uns – die Rosa-Luxemburg-Stiftung – also zu jeder Zeit, wir sind ein Teil der Demokratie.

Im Jahr 2025 wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung 35 Jahre alt. 1990 als Verein kurz nach der sogenannten Wende – einer Krise mindestens für einen Teil der Gesellschaft (oder sollte man besser sagen einer, der beiden Gesellschaften?) – in Ostberlin gegründet, kann man auf eine dreieinhalb Jahrzehnte lange Entwicklungsgeschichte zurückschauen, die sich aus verschiedenen Phasen und Geschichten zusammensetzt.

In diesem Rückblick kann man drei große Phasen ausmachen: Zunächst die Aufbauphase seit Beginn der 1990er Jahre: In diesen frühen Jahren als parteinahe Stiftung der PDS organisiert, ging es darum, überhaupt eine solche Institution als linken Think Tank und Bildnerin aufzubauen. An eine Begabtenförderung, also die Herausbildung eigenen politischen Personals, war in dieser Phase noch nicht zu denken. Denn ohne staatliche Förderung – die PDS saß bis 1998 nur

aufgrund von vier Direktmandaten als Gruppe im Bundestag – beruhte die materielle Basis auf dem, was man damals „Arbeitsmarktinstrument“ nannte, so genannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, vom Arbeitsamt finanzierte Stellen öffentlichen Interesses. Dazu kam ein großer Teil ehrenamtlicher Tätigkeit engagierter linker Menschen. Und doch wurde schon damals an der Etablierung von Ideen von einem Demokratischen Sozialismus, der Begleitung von Transformationsprozessen in Ostdeutschland oder der Analyse des Untergangs des realen Sozialismus gearbeitet. Ab 1999, nachdem die PDS – eine der „Quellparteien“ Der Linken – zum ersten Mal als Fraktion in den Bundestag eingezogen war, begann eine niedrige Festbetragsfinanzierung. Dem waren diverse Auseinandersetzungen im Bundestag vorausgegangen. Die Brötchen konnten größer werden.

Von einer weiteren Phase der Stiftung kann man zweifelsohne ab etwa 2009/2010 sprechen: Im Jahr 2007 hatte sich aus der PDS und der Abspaltung von der SPD, der WASG, die Partei Die Linke gegründet und im Rahmen von Bundes- und Landtagswahlen schnell an Zuspruch gewonnen. Die Stiftung, nun bereits im Kreis der parteinahen Stiftungen etabliert, konnte in den folgenden gut zehn Jahren einen kräftigen Mittelaufwuchs verzeichnen, der unsere Arbeit bis heute prägt. Mit den öffentlichen Mitteln wuchs die Zahl der Kolleg*innen im In- und Ausland und mit ihnen zahlreiche herausragende Projekte, mit denen die Stiftung bis heute verbunden wird. Dies gilt für die Landesstiftungen ebenso wie für die Bundesstiftung oder unsere inzwischen 26 Auslandsbüros. Ob Bildungsreisen (organisiert in der Landesstiftung Hamburg), einprägsame Projekte wie „Wem gehört die Stadt?“, das „Pflegetribunal“ und „Organizing4Power“ oder „ModeMachtMenschen“, aufgesetzt von den Kolleg*innen des Asien-Referats, an vielen Stellen gelang unseren Kolleg*innen die kritische Analyse kapitalistischer Verhältnisse und ihre Verknüpfung mit politischer Bildung. Unser Anspruch, das scheinbar Un-Denkbar denkbar und das Un-Diskutierbare in der Gesellschaft diskutierbar zu machen, konnte hier umgesetzt werden. Ich behaupte, ohne unsere Stiftung hätte es zum Beispiel die Debatte um nicht bezahlbare Mieten und Mietendeckel nicht gegeben. Wir haben unsere nahe stehende Partei darin unterstützt, diese Debatte voranzutreiben und hier ein Alleinstellungsmerkmal zu entwickeln. An dieser Stelle ein großer Erfolg. Und schließlich, seit etwa 2020, die dritte Phase, die nicht mehr durch Aufwachsen, mehr von allem, sondern vor allem durch Veränderung unserer Arbeit, leider auch Rückgang der zur Verfügung stehenden Mittel und damit wieder „kleinere Brötchen“ gekennzeichnet wird. Zum einen haben wir erkannt, dass wir unsere Aktivitäten



stärker auf unsere Außenwirkung orientieren

müssen. Denn Eines ist klar: Alle Selbst-Vergewisserungen über die eigene Bedeutung nützen nichts, wenn diejenigen, die wir erreichen wollen, uns entweder nicht kennen oder uns nicht für ebenso wichtig halten, wie wir uns selbst oder wenn die gesellschaftlichen Debatten, die wir setzen wollen, nicht in Gang kommen. Aus diesem Grund haben wir uns seit 2021 vorgenommen, unsere inhaltliche Arbeit stark zu fokussieren, die Zielgruppen unserer Arbeit definiert und begonnen, unsere Stiftungsstrukturen so verändern, dass unsere Tätigkeit wirkungsvoller, die Analyse stärker mit der politischen Bildung und die Arbeit der Auslandsbüros mit der des „Inlandes“ verknüpft wird, die politische Kommunikation ein höheres Gewicht erlangt und wir uns selbst überprüfen, um aus unseren Erfolgen und Misserfolgen zu lernen – mit anderen Worten: Wir haben einen Organisationsentwicklungsprozess durchgeführt. Ob dieser Prozess erfolgreich sein wird, hängt nicht von in Papiertiger gegossenen Strukturen ab, sondern davon ob wir uns – inklusive unsere ehrenamtlich Engagierten – auf diesen kulturellen Wandel einlassen. Zum anderen ist aber auch klar, dass wir unsere Arbeit verändern müssen: Seit dem massiven Einbrechen der Partei Die Linke bei der Bundestagswahl 2021 – sie hat ihr Wahlergebnis im Vergleich zu 2017 nahezu halbiert – ist klar, dass sich unsere finanzielle Zukunft ab 2026 ebenso massiv verändern wird. Da die Krise der uns nahestehenden Partei anhält, stehen wir vor einer längeren Phase nachhaltig geringerer Mittel. Das heißt, dass wir in einer Situation, in der wir unsere Außenwirkung erhöhen wollen und müssen, um damit unseren Beitrag zur deutlicheren Repräsentanz der Linken in der Öffentlichkeit zu leisten, wir nur noch einen Bruchteil der Finanzen dafür zur Verfügung haben werden. Wir müssen lernen zu verzichten, gleichzeitig auch zu verstärken und die für Die Linke erfolgreichen Themen und Projekte frühzeitig gemeinsam erkennen und kreativ umsetzen.

So wie es die Landesstiftung Hamburg, dank des Engagements der Kolleg*innen vor Ort, nun schon seit 25 Jahren vormacht: 1996 unter dem Namen Analyse - Kritik - Utopie. Forum für politische Bildung gegründet, war Hamburg die erste „West“-Landesstiftung, die unserem Stiftungsverbund angehörte. Dank der Wirkungsmacht des langjährigen Geschäftsführers Meinhard Meuche-Mäker, der - bundesweit anerkannt - clever, organisationsaffin und entscheidungsfähig ist, weist die Bildungsarbeit in Hamburg eine hohe Flexibilität, gute Kooperationsbereitschaft und Ausstrahlung auf den ganzen bundesdeutschen Norden auf. Gleichzeitig nehmen unsere dort aktiven Kolleg*innen eine dezidiert kapitalismuskritische Haltung ein und bringen diese in ihren vielfältigen Projekten –

Analysen, Publikationen u.a. – sowie Bildungsveranstaltungen, seien diese nun in Präsenz oder digital, Tages- oder Abendveranstaltungen, im Sitzen, zu Fuß oder per Fahrrad, zum Ausdruck. Mit den Schwerpunkten Alternative Ökonomie und soziale Frage, Migration und Partizipation sowie Geschichts- und Erinnerungspolitik arbeiten sie zu gesellschaftlich relevanten Themenstellungen und bieten Räume für den Austausch auch kontroverser Auffassungen. Kurz gesagt: In all ihrer Eigenständigkeit und mit dem lokalen Kolorit ihres Hamburger Umfelds ist die nunmehr 25jährige Geschichte der Hamburger Stiftung ein lebendiger Teil der Gesamtgeschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und bereichert diese. Eine Geschichte, die es wert ist, gemeinsam weitergeschrieben zu werden, denn zur Bewältigung all der vor den Menschen stehenden Krisen, ob hierzulande oder im näheren oder fernen Ausland, aber auch für eine lebendige Demokratie mit mündigen, politisch gebildeten Bürger*innen bedarf es starker linker Kräfte, die sich für eine friedliche und sozial gerechte Gesellschaft einsetzen.